

Aktion gegen Rechts bringt 2400 Euro

Bad Nenndorf. Mehr als 700 Menschen haben im niedersächsischen Bad Nenndorf einen Aufmarsch von rund 180 Neonazis verurteilt. Sie dekorierten die Marschroute der Rechtsextremen als Strecke für einen Spendenlauf und bewarfen die Teilnehmer mit Konfetti. Die Organisatoren der Gegendemo hatten angekündigt, dass Bürger und Unternehmen aus der kleinen Kurstadt für jede Minute Aufenthaltszeit der Neonazis in Bad Nenndorf 10 Euro an ein Aussteiger-Netzwerk spenden wollen. Nach Angaben der Organisatoren kamen 2400 Euro zusammen. Mit dem Geld soll Aussteigern geholfen werden, die rechte Szene zu verlassen.

In der Stadt gibt es seit 2006 jedes Jahr Anfang August einen Aufmarsch. Die Teilnehmerzahl ging aber in diesem Jahr erneut zurück, früher waren bis zu 1000 Rechtsradikale gekommen. Vorwand für den „Trauermarsch“ der Neonazis ist der Hintergrund des dortigen Wincklerbades, dass die Briten nach dem Krieg als Verhörzentrum genutzt hatten.

GEWALTAT

Polizei findet Toten in Wohnung

Nordhorn. Die Polizei hat in einer Wohnung in Nordhorn die Leiche eines 41-Jährigen gefunden. Die Ermittler gehen davon aus, dass er einem Gewaltverbrechen zum Opfer fiel. Darauf deuteten Spuren am Körper des Mannes hin. Die Beamten nahmen am Tatort einen 36-Jährigen fest. In welchem Zusammenhang er mit dem Tod des Mannes steht, war zunächst unklar. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, hatte ein Anrufer am Sonntag einen Hinweis auf den Fall gegeben. Wenig später entdeckten Beamte den Toten. Die Todesursache war zunächst offen. Genauerer Anschluss soll eine Obduktion am Montag liefern.

HÄNGEGLEITER STÜRZT BEIM START AB Zwei Schwerverletzte

Hellingst. Beim Start mit einer Seilwinde ist am Sonnabend ein mit zwei Personen besetzter Hängegleiter gekippt und auf der Startbahn aufgeschlagen. Dabei erlitten der 60-jährige Pilot und eine 30-jährige Begleiterin schwere Verletzungen. Der Flugplatz in der Samtgemeinde Hambergen (Landkreis Osterholz) wird betrieben vom Luftsportverein Unterweser in Hellingst. Wie die Polizei mitteilt, ereignete sich der Unfall als der Flugdrachen eine Höhe von zehn Metern erreicht hatte. Ein Mitglied des Vereinsvorstandes wollte auf Nachfrage gestern keine Angaben zum Hergang des Unfalls machen.

TÖDLICHER UNFALL

Motorrad kollidiert mit Trecker

Landkreis Diepholz. Ums Leben gekommen ist ein 43-Jähriger bei einem Verkehrsunfall am Sonnabend gegen 14 Uhr im Syker Ortsteil Okel im Landkreis Diepholz. Der Mann war laut Polizeiangaben mit seinem Motorrad auf der Okeler Straße von Riede in Richtung Okel unterwegs. Außerhalb geschlossener Ortschaft wollte ein 90-jähriger Syker mit seinem Trecker von einem Feldweg die Landesstraße kreuzen. Im Kreuzungsbereich kam es dann zur Kollision. Für den 43-Jährigen kam jede Hilfe zu spät. Der Treckerfahrer erlitt leichte Verletzungen. Es entstand ein Schaden von rund 9000 Euro.

FAMILIENTRAGÖDIE

Die Suche geht weiter

Lauenburg. Nach dem Fund der Leiche des vermissten Familienvaters bei Lauenburg suchte die Polizei auch am Sonntag weiter nach der Frau sowie der Tochter des Mannes. Vermutlich sei der 41-jährige Mann aus dem niedersächsischen Drage mit einem Fahrrad auf eine Elbbrücke gefahren, habe das Rad in den Fluss geworfen und sei hinterhergesprungen, sagte ein Polizeisprecher am Sonntag. Bei dem am Freitag gefundenen Toten seien keinerlei Hinweise auf den Verbleib seiner zwei Jahre älteren Frau und der 12 Jahre alten Tochter gefunden worden. Die Ermittler befürchten ein Familiendrama.

FRAU GESCHLAGEN

Helfer lebensgefährlich verletzt

Lehrte. Auf dem Heimweg von einem Schützenfest in Lehrte bei Hannover ist ein 22-Jähriger lebensgefährlich verletzt worden, der eine Frau vor zwei Männern schützen wollte. Wie die Polizei in Hannover am Sonntag mitteilte, wurde ein Strafverfahren wegen versuchter Tötung eingeleitet. Der 22-Jährige war am Samstagfrüh mit Freunden einer Frau zu Hilfe geeilt, die von zwei Männern geschlagen wurde. Als die Gruppe dazwischen ging, griffen die beiden Täter die Helfer an. Der 22-Jährige erlitt lebensgefährliche Verletzungen durch Stiche. Die Täter, aber auch die angegriffene Frau flüchteten.

REDAKTION NORDDEUTSCHLAND

Telefon 0421/36 71 32 05
Fax 0421/36 71 10 28
E-Mail:
norddeutschland@weser-kurier.de

Aus für Einwegtüten auf Helgoland

Meeresbiologin ergreift Initiative – Händler verkauften einen Monat lang nur Mehrwegtaschen

76 Plastiktüten lässt sich jeder Deutsche im Schnitt jährlich für seine Einkäufe geben, schätzt das Umweltbundesamt. Mit der Zeit kommt so ein gewaltiger Müllberg zusammen, denn ohne Verbrennung zerfallen manche Tüten erst nach 500 Jahren. Millionen treiben so in die Meere und werden auf Inseln wie Helgoland angeschwemmt. Zumindest dort den Verbrauch einzuschränken, hat sich die Meeresbiologin Rebecca Störmer zur Aufgabe gemacht. 40 Händler haben bei ihrer Aktion versuchsweise einen Monat auf Einwegtüten verzichtet. Über Sinn und Ergebnis der Aktion und ihre weiteren Pläne sprach Störmer mit Martin Wein.

Frau Störmer, Sie haben unter dem Motto „Green Anna“ auf Helgoland für den Verzicht auf Plastiktüten geworben. Was haben Sie genau unternommen?

Rebecca Störmer: Seit Jahrzehnten verlassen jedes Jahr Hunderttausende Plastikbeutel mit den Einkäufen der Inselbesucher Helgoland. Vor anderthalb Jahren bin ich zur Gemeinde und den hiesigen Einzelhändlern gegangen und habe dafür geworben, diesen Müll durch eine Mehrwegtasche zu ersetzen, die aus alten PET-Flaschen hergestellt wird. Schnell fanden sich weitere Mitstreiter, die die Tasche mit mir zusammen entworfen haben. Unsere Insel mit der langen Anna soll damit ein Stück grüner werden.

Jetzt gab es ein Pilotprojekt.

Von Mitte Juni bis Mitte Juli haben tatsächlich 40 Geschäftsleute auf Einwegtüten verzichtet. Viele haben ihre Schaufenster stattdessen mit den Mehrwegtaschen dekoriert. So wurden in dieser Zeit 16.000 unserer apfelgrünen Mehrwegtaschen für einen Euro verkauft. Die sind so robust, dass sie auch dem Helgoländer Wind und Regen standhalten und als praktisches Andenken an die Insel immer wieder zum Einsatz kommen können.

Und die Kunden waren zufrieden?

Jedenfalls haben mich viele Leute angeschrieben, die auch eine „green Anna“-Tasche haben wollen. Ich komme dagegen kaum an. Unsere Vorräte sind aufgebraucht. Und die meisten Käufer haben viel Verständnis und Lob für die Aktion gebracht. Natürlich gab es auch kritische Nachfragen, warum eine Kunststofftasche verkauft wurde und kein Jutebeutel. Aber insgesamt waren Händler und Kunden begeistert.

War das nur eine symbolische Aktion oder hat sie auf einer Insel wie Helgoland auch handfeste Auswirkungen?

Ein Großhändler hat gerade überiegend auf Stofftaschen umgestellt. Der Edeka-Markt denkt über ein Pfandsystem nach, und bei Veranstaltungen der Gemeinde sollen künftig Mehrwegbecher statt Plastikbechern zum Einsatz kommen. Selbst in der



Rebecca Störmer hat die Aktion „Green Anna“ ins Leben gerufen.

FOTO: BÄRBEL FENING

Kirchengemeinde wurde das Projekt mit Kindern und Jugendlichen diskutiert. Da sind also viele kleine Aktionen in Eigeninitiative ins Rollen gekommen.

Die Kommunen an der Nord- und Ostseeküste könnten doch über eine Ortssatzung zum Beispiel die Abgabe von Einweg-Plastiktüten einfach verbieten. Wäre dieses

Vorgehen aus Ihrer Sicht ein richtiger Schritt?

Viele Händler sehen Einwegtaschen immer noch als Werbeträger oder aber als falsch verstandene Serviceleistung für den Kunden. Denen muss man ganz klar sagen: Das ist nicht mehr zeitgemäß. Ich bin dafür, dass wir Plastik wenn überhaupt clever nutzen. Dazu gehört eindeutig das Recycling und nicht das gedankenlose Wegschmeißen. Plastiktüten sind zwar vielleicht nicht die größte Umweltbelastung. Darauf weisen ja auch die Hersteller immer wieder. Aber sie sind in fast allen Fällen vollkommen überflüssig. Insofern bin ich für ein Verbot, um hier den anfallenden Müll zu begrenzen.

Werden die Meerestiere denn durch treibende Plastiktüten tatsächlich gefährdet oder sehen die am Strand und auf dem Wasser treibend einfach nur unappetitlich aus?

In unseren Breiten hat diese Aktion eher Symbolcharakter. Dass Vögel oder Robben an einer Plastiktüte ersticken, ist doch eher die Ausnahme. Der Plastikmüll insgesamt ist aber ein Riesen-Problem. Gerade hier auf Helgoland sehen wir immer wieder Möwen oder Lummen, die sich mit ihren Füßen in alten Plastiknetzen verheddern und qualvoll umkommen. Kegelrobben schwimmen arglos in ungenutzte Reusen hinein und ertrinken. Dabei kommt dieser Müll überwiegend gar nicht von der Insel. Hier werden ja fast ausschließlich Hummer und Taschenkrebse gefangen. Aber die Vögel schleppen das Plastikzeug über viele Kilometer aus der ganzen Deutschen Bucht an. Kunststoff zersetzt sich ja kaum und kann jahrelang auf dem Meer herumtreiben. Insofern müssen wir beim Plastikverbrauch und der Entsorgung gegensteuern.

Warum engagieren Sie sich persönlich?

Ich habe Biologie studiert, weil ich das Leben auf unserem Planeten unglaublich faszinierend finde. Da liegt es doch nahe, zumindest einen kleinen Beitrag zu dessen Schutz zu leisten. Früher habe ich im Wald Müll gesammelt. Doch viel besser ist es natürlich, wenn der gar nicht erst anfällt.

Kommt auf Helgoland bald nichts mehr in die (Einweg-)Tüte? Sprich: Wollen Sie die Aktion nun fortsetzen?

Die Händler haben schon eine Wiederholung im nächsten Sommer angeregt. Wir müssen jetzt sehen, wie wir das organisieren können. Wenn der Umfang wächst, kann ich das nicht mehr so einfach nebenbei erledigen. Aber grundsätzlich soll die Anna noch grüner werden.

Zur Person: Rebecca Störmer lebt seit 2007 auf Helgoland. Ihre Diplomarbeit und ihre Dissertation erarbeitete sie in der Biologischen Anstalt des Alfred-Wegener-Instituts. Heute arbeitet sie selbstständig in der Umweltbildung mit Jugendlichen und Erwachsenen.

Als das Chaos tobte

Vor 20 Jahren lieferten sich Punks Straßenschlachten mit Polizei

VON MICHAEL EVERS

Hannover. Vereinzelt sitzen noch manchmal Punker gegenüber dem Hauptbahnhof in Hannover und betteln um ein paar Münzen – die Polizisten ein paar Schritte weiter aber haben eher anreisende Fußballfans im Blick. Ganz anders die Situation vor 20 Jahren, als sich bei den berüchtigten Chaostagen Polizisten und Punker in der Landeshauptstadt wüste Straßenschlachten lieferten. Die gewalttätigen Ausschreitungen bei dem Punker-Treffen vom 3. bis zum 6. August 1995 mit mehr als 400 Verletzten versetzten Hannover in den Ausnahmezustand und brachten die Stadt weltweit in die Negativschlagzeilen.

„Das war fast wie im Bürgerkrieg“, erinnert sich der spätere Polizeipräsident Hans-Dieter Klosa. Punks warfen mit Pfastersteinen, errichteten brennende Barrikaden, plünderten stundenlang einen Supermarkt – und die Polizei sah hilflos zu. „Der Polizeieinsatz damals war ein Desaster“, sagt Klosa, der seinerzeit Chef der Landesbereitschaftspolizei war. „Bilder vom brennenden Hannover gingen um die Welt und haben das Image der Stadt beschädigt.“

Die Anfänge der Chaostage gingen zurück bis ins Jahr 1982. Punker wollten sich

damit damals gegen eine von der Polizei eingerichtete „Punker-Datei“ zur Wehr setzen. Von da an gab es jährlich Punker-Treffen, bei denen es immer wieder zu Gewalttätigkeiten kam. 1994 drohte die Situation erstmals außer Kontrolle zu geraten – das spornte die durch Anarchie und Nicht-Organisation gekennzeichnete Szene vermutlich an, im folgenden Jahr so richtig Dampf abzulassen.

Anfang 1995 mehrten sich im Internet und auf Flugblättern Aufrufe zur Teilnahme mit Parolen wie „Tötet alle Bullen“ oder „Wir legen die Stadt in Schutt und Asche“. Anfang August dann kamen rund 1500 bunthaarige und autonome Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Ausland nach Hannover und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Als Konsequenz trat der damalige Polizeipräsident zurück. Sein Nachfolger Klosa setzte im Jahr darauf auf Stärke und bereitete den Chaostagen für immer ein Ende. 6000 Beamte verwandelten Hannover im Sommer 1996 in eine Festung. Krawalle blieben aus. So mancher im Rathaus und bei der Polizei wird auch nach 20 Jahren nicht gerne auf die Chaostage angesprochen – das Image Hannovers ist aber schon lange nicht mehr von den Chaostagen geprägt.



Randalierende Punks errichteten während der sogenannten Chaostage in Hannover Barrikaden und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. FOTO: DPA

Schulfahndung läuft

Missbrauchsoffer im Netz – Polizei hofft auf Hinweise von Lehrern

VON MARTIN WEIN

Hannover. Im vermeintlich anonymen Internet bleiben viele Straftäter unerkannt. Ohne Konsequenzen fürchten zu müssen, stellen sie beispielsweise Fotos oder Videos missbrauchter Kinder auf Servern im Ausland online. Um die unbekannteten Opfer schneller zu finden und vor weiterem Missbrauch zu schützen, setzt auch Niedersachsens Polizei neuerdings auf das Instrument der Schulfahndung. Die Hoffnung ist: Wenn möglichst viele Lehrer Bilder der Opfer sehen, ist es gar nicht so unwahrscheinlich, dass jemand sie erkennt.

Auf den ersten Blick wirkt die Idee etwas verzweifelt wie die Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen. 969.069 Jungen und Mädchen besuchen nach Angaben des Kultusministeriums in Hannover derzeit Niedersachsens Schulen. In diesem Pool Missbrauchsoffer zu finden, ist objektiv schwierig und allenfalls ein letzter Ausweg. Dennoch ist die Erfolgsquote erfreulich hoch: In sechs Fällen sei die Polizei inzwischen diesen Weg gegangen, berichtet Stephanie Weiß, Pressesprecherin im Landeskriminalamt (LKA) in Hannover. Viermal konnten auf diese Weise betroffene Kinder entdeckt werden. Erst vor Kurzem sei darunter auch ein Kind aus Niedersachsen bei einer Schulfahndung erkannt worden. Eine weitere Fahndung läuft noch.

Anders als bei einer öffentlichen Tätersuche sind die Hürden für die Behörden bei einer Opfersuche relativ hoch. Einerseits sollen die Betroffenen nicht zusätzlich den neugierigen Blicken von Nachbarn oder Bekannten ausgesetzt werden. Andererseits wollen die Ermittler auch den Tätern nicht vorzeitig offen legen, dass sie ihnen auf der Spur sind. Und natürlich darf niemand strafbares Material auch noch zusätzlich verbreiten. Deshalb muss ein Gericht die Schulfahndung anordnen, wenn alle ande-

ren Fahndungswege ausgeschöpft scheinen und der Verdacht auf eine schwere Straftat besteht. Das hat einen guten Grund: Da oft weder der Wohnort noch das genaue Alter der Kinder feststehen, weil Bilder ja auch älter sein könnten, sucht die Polizei im Auftrag der zuständigen Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt/Main entsprechend breit. Alle Schulen bundesweit, die das Opfer potenziell besuchen könnte, werden per E-Mail kontaktiert und um Hilfe gebeten. Das Vorgehen sei dabei streng reglementiert, sagt Stephanie Weiß. Keineswegs soll der Anschein entstehen, die Behörden würden fragwürdige Bilder unverschlüsselt per Mail an Tausende Adressen verschicken: „In Niedersachsen werden die Bilder auf einem Server der Kultusministeriums zur Verfügung gestellt. Die Schulen werden über einen speziellen Email-Verteiler unterrichtet und haben dann die Möglichkeit, Hinweise an das LKA zu senden“, sagt Weiß. Auf den Datenschatz werde in dem besonders gesicherten und mit Passwörtern versehenem Verfahren größter Wert gelegt. Vor der Veröffentlichung würden die Fotos zudem bearbeitet, sodass weder sexuelle Posen noch nackte Haut zu sehen seien. Wichtig seien hingegen das Gesicht, besondere Körpermerkmale oder die Kleidung und Hintergründe, die Rückschlüsse auf den Ort der Aufnahme und damit das Umfeld des Opfers zulassen könnten.

Konkrete Angaben zu den Ergebnissen der Fahndungen möchte das LKA nicht veröffentlichen. Der Opferschutz habe oberste Priorität. So lässt sich nicht ausmachen, ob die aufwendige Schulfahndung auch zur Anklage und Verurteilung von Tätern führt. Eines steht jedenfalls fest: Ist ein Opfer identifiziert, beginnt für die Ermittler erst die eigentliche Arbeit. Erst wenn Zeugenaussagen oder aufgefundenes Material auch zu einem Täter führen, wird auch die Strafverfolgung möglich.



Sprecherin Stephanie Weiß FOTO: LKA